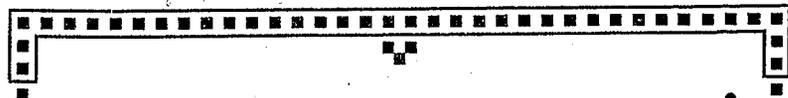


434

0737

# Die gelben Gewerkschaften.



## Gedanken zur Gewerkschaftsbewegung

VON

Max Roeder,  
Chefredakteur.

---

1. Auflage.

---

Machen 1909.

---

Selbstverlag des Verfassers.

Gedruckt bei Ferd. Doh, vorm. Gottfr. Doh Wwe., Machen, Jakobstr. 24.



## Vorwort.

„Gedanken zur Gewerkschaftsbewegung“ — so lautet der Untertitel, den ich den Darlegungen gegeben. Es sind Gedanken **aus** der Praxis, **für** die Praxis, d. h. die Broschüre ist wie ihre Vorgänger für den Arbeiter bestimmt, für des Tages Hitze und Kämpfe im Gefecht mit einem mehr oder minder versteckten Gegner. Aber auch in die Hand des Arbeitgebers möge die Broschüre gelangen; auch der möge sich seine Gedanken machen. Kurzum, sie soll aufklären.

So möge dieses Werkchen wie seine Vorläufer in einer wichtigen Frage seinen Anteil leisten. Wenn dann in Kürze weitere „Gedanken zur Gewerkschaftsbewegung“ erscheinen, mögen diese betretene Pfade finden. Das Ganze aber möge werden ein bescheidener Baustein zu der gewaltigen Brücke, welche die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft sich schlägt.

Nachen, im März 1909.

Der Verfasser.

# Die gelbe Gefahr.

## Woher? Wozu?

Es mag kein Wunder nehmen, daß die mächtig emporsteigenden gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer in den Kreisen der Arbeitgeber Bedenken und Besorgnis erregten. Nicht als ob man dem Koalitionsgedanken als solchen feindlich gegenüber stand. Durchaus nicht. Hatte man doch am eigenen Leibe erfahren, wie „segensreich“ — im Sinne des Unternehmertums — das kartellierte und syndizierte Großkapital wirkte. Ein anderes war es, was man sich nicht bieten lassen wollte. Durch das Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen war es vorbei mit dem „Herr im Hause sein“. Bis dahin hatte man den Arbeitsvertrag immer betrachtet als einen Vertrag, bei dem der eine der Contrahenten wohl zu leisten aber nichts zu fordern hatte, bei dem der eine der Contrahenten wohl seine Kraft aufwenden durfte, um die Werte zu steigern, bei dem er aber nicht teilnehmen sollte an dem gesteigerten Produktionswert, obgleich in demselben Verhältnisse auch die Lebensbedingungen ungleich schwieriger für denselben Teil der Contrahenten wurden. Hier setzte die Gewerkschaftsbewegung ein. Es mußte der Arbeitsvertrag geregelt werden; auch der eine der Contrahenten mußte gehört werden. Nicht alles wollte und durfte die Arbeiterschaft an sich reißen; nicht zu stürzen, kann die Aufgabe einer gewerkschaftlichen Organisation sein; sie muß aufbauen, aufbauen auf gesunder, dauernder Grundlage. Dem verschloß man sich leider auf Arbeitgeberseite zu sehr und zu lange und deshalb ist es eine schreiende Notwendigkeit, daß gerade in Arbeitgeberkreisen Aufklärung geschaffen werde. Das mag schwierig sein; allein es kann gelingen. Diese Aufklärungsarbeit muß vor allem eine objektive sein — doch davon ein andermal.

Wie erwähnt, das Erstarken der Gewerkschaftsbewegung erregte Besorgnis. Man verkannte die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation an sich, wenn man auch den Wert der Organisation als solcher und das Streben der Arbeiterschaft nach Bereinigung anerkennen mußte. Da setzte denn die Tätigkeit der Arbeitgeber ein. Man ließ dem Arbeitnehmer die Koalition, ja man erhöhte die Vorteile der

Koalition, aber man nahm ihm gleichzeitig die Koalitionsfreiheit und die Möglichkeit der Lösung der gewerkschaftlichen Arbeit. Insofern ist dieses Gewerkschaftsbilde, das wir gelbe Gewerkschaft nennen, nicht nur rückwärts sondern auch demoralisierend und dadurch gefährlich.

Die demoralisierende Wirkung der gelben Gewerkschaften leuchtet ohne weiteres ein, wenn man bedenkt, in welcher Stellung die gelbe Gewerkschaft zu dem Arbeitgeber sich befindet. Ein Vertragsverhältnis, in welchem der eine der Kontrahenten das willenlose Werkzeug des andern Kontrahenten ist, ist ein solches, von dem der Jurist sagen würde, es verstößt gegen die guten Sitten. Dabei wird dem Arbeitnehmer in der gelben Gewerkschaft jedes Gefühl von Freiheit und Selbstständigkeit und damit, das bedenke man wohl, auch jedes Verantwortlichkeitsgefühl genommen. Dazu kommt der Umstand, daß die gelbe Gewerkschaft ein dem Arbeitnehmer gesetzlich garantiertes Recht, das Recht der Koalitionsfreiheit, illusorisch macht — gewiß genug der Beweise für die demoralisierende Wirkung der gelben Gewerkschaften.

### Moralische und finanzielle Abhängigkeit.

Daß die gelben Gewerkschaften vollständig von den Arbeitgebern abhängig sind, ist eine so bekannte Tatsache, daß sie der Erhärtung nicht bedarf. Diese moralische Abhängigkeit ergibt sich eben aus der finanziellen Abhängigkeit, die nicht geleugnet werden kann. So hat eine orientierende Darlegung des Arbeitgeberverbandes des Bergbaus, der chemischen, hüttenmännischen und verwandten Industrien des Rächener Bezirks festgestellt, daß die Maschinenfabrik Augsburg ihrer gelben Gewerkschaft — abgesehen von einem Gründungsfonds von 150 000 Mark — jährlich 46 000 Mark Beitrag zahlt. Ausdrücklich wird erwähnt, daß auch die Firma Friedr. Krupp, A. G. Grusonwerke in Magdeburg namhafte Geldmittel zu dem Zwecke zahlt. Als bei Siemens-Schuckert die gelben Gebilde entstanden, stifteten die Siemenswerke und die Aktiengesellschaft Siemens und Halske je 10 000 Mark; dazu kam eine Schenkung der Firma Gebr. Siemens & Co. von 3 000 Mark. Kurzum überall die gleiche Abhängigkeit.

Einen recht wertvollen Beitrag zur Naturgeschichte der „Gelben“ lieferte Dr. Hoff in einer Rede zu Düsseldorf, in der er ausführte:

„Gelb wurde in Deutschland der Sammelbegriff für eine Reihe verschiedenartigster Arbeitervereine. Man faßt unter diesem Namen im allgemeinen sämtliche von den alten Gewerkschaften unabhängigen Verbandsgründungen zusammen.

Ein Teil dieser sogenannten gelben Verbände, zumal die, die ihre Gründung politischen Motiven verdanken, stehen den alten nicht sozialdemokratischen Gewerkschaften sehr nahe. Sie fraternisieren

(schließen Brüderschaft!) gelegentlich mit den Christlich-Organisierten und den Hirsch-Dunderschen. Die alten Gewerkschaften sind arbeitgeberfeindlich, gleichgültig, ob sie sich auf nationaler oder internationaler Basis aufbauen. Erstere verwerfen in der Theorie zwar den Klassenkampfstandpunkt, in der Praxis ist ihre Taktik aber kaum von der der echten Roten zu unterscheiden.

Sie (die „Gelben“) haben sich bemüht von dem Prinzip einseitigen Klasseninteresses freigemacht und suchen eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage im Anschluß an ihren Arbeitgeber. Die Werkverbände bilden den Mittelpunkt für die ursprünglich nicht organisierte und die gewerkschaftsmüde Arbeiterschaft.

Zu ihrer Gründung ist es im allgemeinen erforderlich, den Arbeitern einen Ersatz für das von den Gewerkschaften in Aussicht Gestellte zu bieten. Ein Hauptziehungsmittel, zumal für die verheirateten Arbeiter bilden die Gewerkschafts-Krankenkassen. Die Werkverbände haben deshalb vielfach mit der Errichtung solcher Kassen begonnen, was meist eine Unterstützung der Firmen notwendig machte.

Fernere Anziehungsmittel der Werkvereine sind dem Vergnügen dienende Veranstaltungen. Solche sind in ländlichen Bezirken häufig zu finden, kommen aber auch in den großen Städten in Betracht.

Als Muster diente den meisten Werkvereinen der im Oktober 1905 auf der Maschinenfabrik Augsburg gegründete Arbeiterverein. Er entstand nach einer großen Aussperrung unter dem Eindruck und der humanen Handlungsweise des Werks, das den Nichtorganisierten während der Dauer der Aussperrung einen Tagelohn als Unterstützung gewährt hatte. In Augsburg wird ein stetes Zusammenarbeiten dadurch sehr erleichtert, daß die Direktoren und Beamten dem Arbeiterverein als Ehrenmitglieder bezw. außerordentliche Mitglieder angehören und an seinen Beratungen teilnehmen können.

Bei Werk Augsburg ist die Direktion bei der Gründung des Verbandes zwar weder direkt noch indirekt tätig gewesen, (das ist unrichtig!) aber sie hat den sich bildenden Verein mit Freuden begrüßt, als ein Mittel zur Wiederherstellung der früheren guten Beziehungen zur Arbeiterschaft. In welcher Weise die Firma ihren (!) Verein unterstützt, erfährt man am besten daraus, daß dieser im letzten Jahre, bei einer Einnahme von 2451 Mk. aus den Beiträgen der ordentlichen Mitglieder 37577 Mk. herausgabte und noch 10 325 Mk. zu ersparen vermochte. Die Aufgaben, die sich der Arbeiterverein von Werk Augsburg gestellt hat, sind denn auch sehr vielseitig.

Er besitzt eine eigene Krankenhilfskasse und eine Arbeiter-Witwen- und Waisenkasse. Die Kosten letzterer werden nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt, sondern durch besondere Beiträge, zu denen die Firma jährlich 46 000 Mark beisteuert. Der Arbeiter-

verein veranstaltet ein Weihnachtsfest mit anschließender Verteilung von Altersprämien und Geschenken. Er gibt seinen Mitgliedern ein Sommerfest. Gesellige Veranstaltungen mit ernstern Vorträgen, denen humoristische Aufführungen folgen, vereinen die Arbeiter und ihre Angehörigen. Besondere Vorzüge werden ihnen auch bei Benutzung der Lebensmittel-, Kohlen- und Holzabgabe des Werkes zuteil.

Die Siemenswerke haben dem auf ihren Betrieben bestehenden Verein durch einen für die Größe des Werkes geringfügigen einmaligen Beitrag die Gründung einer Unterstützungskasse ermöglicht.

Es ist selbstverständlich, daß bei Betriebseinschränkungen, wie auch in Augsburg, eine Berücksichtigung derjenigen Arbeiter stattfindet, die den Willen gezeigt haben, mit der Firma in gutem Einvernehmen zu stehen. Ebenso würden die Mitglieder des Werkvereins auf eine Unterstützung rechnen können, falls es noch einmal zu einer Aussperrung kommen sollte. Im übrigen verhält sich das Werk durchaus passiv. Sein Standpunkt läßt sich dahin zusammenfassen, daß, so lange die in dem Unterstützungsverein zusammengeschlossene Arbeiterschaft wie bisher zum Werk hält, ihr dessen Wohlwollen zuteil wird. Sollte sie einmal ihre Stellung ändern, so wird sie in der gleichen Weise behandelt werden, wie die anderen Gewerkschaften während der früheren Arbeitskämpfe.

Das Wesentliche ist meiner Ansicht nach nicht, was ein Verein bietet, sondern daß er überhaupt den Zusammenschluß der gelben Arbeiter ermöglicht. Das geht auch daraus hervor, daß es Vereine gibt, die sich jeder eigenen Tätigkeit enthalten und ihren Mitgliedern nur Gelegenheit geben, einen Teil ihres Lohnes zurückzulegen. (Das kann man bei jeder Sparkasse.)

Von den Gegnern wird den Mitgliedern der gelben Verbände oft der Vorwurf der Charakterlosigkeit gemacht und die Behauptung aufgestellt, es gehörten zu ihnen nur die indolenten und trägen Elemente. Selbstverständlich werden auch bei dieser Bewegung eine ganze Anzahl Mitläufer sein, die teils gedankenlos, teils mit der Hoffnung auf persönlichen Vorteil sich ihr angeschlossen haben. Aber das ist doch in viel weitgehendem Maße bei den andern Gewerkschaften der Fall. Wenn sich auch der gelben Bewegung vorwiegend die älteren und ruhigeren Arbeiter zugewandt haben, so sind es doch kaum die geistig unselbständigen. Man kann vor allem bei den Gründern annehmen, daß sie aus innerer Ueberzeugung handeln, denn es gehört zweifellos Mut dazu, sich in Widerspruch zu den herrschenden Anschauungen zu setzen.

Auch die Behauptung gewisser Kreise, durch die Gründung der Werkverbände werde dem Arbeiter das Koalitionsrecht geschmälert, beruht auf vollkommen irriger Auffassung.

Die gelben Verbände bedeuten keineswegs einen Eingriff in

die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, wohl aber erschweren die von ihnen geschaffenen Einrichtungen dem Arbeiter den Uebertritt von einem Werk zum andern.

An verschiedenen Orten hat die Fühlung, die Werkleitung und Arbeiterschaft durch die Verbände erzielten, gute Folgen gezeitigt. Bisher haben sich die Arbeitervereine überhaupt durchaus bewährt. Nach einer von fast sämtlichen Werken gemachten Erfahrung ist die Stimmung der Arbeiterschaft seit Bestehen des Werkverbandes ruhiger geworden. Es liegt dies vor allem daran, daß die alten Gewerkschaften nicht mehr alleinbestimmend sind, und einsehen müssen, daß der Arbeitgeber nicht auf sie angewiesen oder gar von ihnen abhängig ist."

### Streikbrechergebilde.

Also nichts als abhängige Streikbrechergebilde! Und diese Abhängigkeit ist um so größer, wenn man bedenkt, daß die gelben Gewerkschaften sich vielfach aus zugezogenen Streikbrechern bilden, also aus Leuten, die ohnehin keine Achtung vor ihrem Stande haben und jedes Selbstgefühls wie jeder Selbstachtung vollständig bar sind.

Durch die Grobziehung des Slavengeistes in den gelben Gewerkschaften entsteht die weitere größere Gefahr für die Allgemeinheit. Es wird ein Heer blindgläubiger Byzantiner erzogen, das naturnotwendig zur Stärkung und Verschärfung des Absolutismus führt. Der Absolutismus aber hinwiederum ist die Regierungsform der rücksichtslosen Unfähigkeit, die ganz von selbst zu einer Steigerung und Verschärfung der Gegensätze führt.

Recht interessant ist, was „Der Holzarbeiter“ in seiner No. 4 vom Jahre 1909 zu diesem Kapitel veröffentlicht. Es heißt da:

In die Satzungen der Gelben „reichstreuern Bergarbeitervereine“ des Bezirks Waldenburgs, an dessen Spitze der bekannte Renegat Er m e r t (früher Siegerland) steht, hatte sich auch eine Bestimmung verirrt, wonach der Streik als letztes Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht unbedingt verwerflich sei. Auf der letzten Hauptversammlung dieser gelben Vereine wurde diese in einem gelben Statut auch sehr unpassende Bestimmung beseitigt. Ueber die sehr interessante Vorgeschichte dieser Satzungsreinigung gibt ein in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichtes Schreiben Bereds Auskunft, das der Generaldirektor der Fürstlich Pleßschen Gruben und Vorkämmer des Vereins der nieder-schleßischen Grubenmagnaten, Regierungsrat Reindorff, an den Sekretär der reichstreuern Bergarbeitervereine, den bekannten Herrn Gustav Er m e r t, gerichtet hat. Dieser gelbe Uriasbrief hat folgenden Wortlaut:

Geehrter Herr Er m e r t!

Im Anschluß an meine letzte Unterredung mit Ihnen habe ich mir die Frage der Stellungnahme des Arbeitnehmerbundes zu

den Streiks noch einmal im Hinblick auf die im Laufe der Unterhaltung Ihnen erwähnte wirtschaftliche Unterstützung dieses Arbeitnehmerbundes überlegt. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß eine derartige Unterstützung von hier nicht in Aussicht genommen werden kann, solange der Verein in den Satzungen den Streik als zulässige Möglichkeit aufführt und ersuche Sie deshalb, nicht nur mit Rücksicht auf die Unterstützung, sondern im Hinblick auf die Stellungnahme des sicherlich überwiegenden Teiles der Arbeitnehmer zu dem neuen Bunde überhaupt dringend dahin zu wirken, daß die jetzige, den Streik nicht direkt abwehrende Bestimmung aus Ihren Satzungen herauskommt und daß ein direkter Beschluß gefaßt wird, wonach die Streiks mißbilligt und von Seiten des Bundes nicht unterstützt werden. Es ist das, wie ich Ihnen ja schon mündlich anführte, meiner Ueberzeugung nach unbedingt nötig, wenn der Bund eine andere Würdigung seitens der Arbeitgeber erlangen will, wie sie die christlichen Gewerkschaften, schließlich auch die Hirsch-Dunckerschen Vereine zurzeit haben, was ich im Interesse der Sache für außerordentlich wünschenswert halten möchte.

Hochachtungsvoll ergebenst  
Reindorff."

~~Also die Verweigerung der Unterstützung seitens der Grubenmagnaten ist dem Herrn Ermert Grund genug, seine „Ueberzeugung“ vom Streik plötzlich zu ändern. Eine nette Illustration zur Ermert'schen Arbeiterfreundschaft und Gesinnungsstrenge. Solche Charaktere sind in den Augen jedes rechtlich und ehrlieh denkenden Menschen gerichtet. Die Arbeiterrechte werden für einige Unternehmergroßchen verschachert.~~

Tatsächlich ist durch diese Statutenänderung in dem Wesen des Ermert'schen Vereins absolut keine Aenderung eingetreten. Nach wie vor ist der „Reichstrenge“ eine Organisation, die nichts anders als den organisierten Streikbruch und die Aufrechterhaltung der Bevormundung der Arbeiter seitens der Scharfmacher als Zweck hat.

Die Bestimmung, daß der Streik als „letztes Mittel“ anerkannt werde, war nur ein Fährchen, das mißtrauische Arbeiter anzulocken sollte. Und um den Unternehmern jede Furcht zu nehmen, es könnten doch einmal einige Mitglieder des Vereins auf Grund dieser Statutenbestimmung ungemütlich werden, tut Herr Ermert seinem hohen Gönner den Gefallen, und zeigt den Verein in seiner wahren Gesinnung. Wie die Unternehmer pfeifen, so tanzen ihre Handlanger, die an die Spitze der genasführten, bedauernswerten gelben Arbeiter gestellt sind."

### Charakterlose Buzantiner.

Noch ein kleines Beispiel!

Den Angehörigen des „gelben“ Vereins vom Werk Augsburg gab der Generaldirektor v. Buz, der „berühmte“ Organisator der

„Gelben“ und Unterdrücker des freien Koalitionsrechtes der Arbeiter, ein Christbaumfest an zwei aufeinanderfolgenden Tagen (12. und 13. Dezember). Almosen, billige Kartoffeln, Spiele sind bekanntlich die Mittel, mit denen die Macher der „Gelben“ ihre Leute zu ködern und im Zaum zu halten versuchen. Wessen Geisteskinder die „Männer“ vom Werke Augsburg sind, zeigt ein Bericht über die Fete, den wir der Nummer 51 des Organs der Augsburger Gelben, „Die Wehr“, entnehmen. Es wird dort berichtet: Herr Chatelet, der wohlverdiente Vorstand des Vereins, sprach Herrn Generaldirektor v. Buz, „ohne dessen Hilfe es nicht möglich gewesen wäre, ein so hübsches Weihnachtsfest zu feiern, den innigsten Dank aller Beteiligten aus und lud die Festversammlung ein, mit ihm einzustimmen in ein dreifaches Hoch auf den edlen Wohltäter der Arbeiter und seine treubeforgte Gemahlin. Die Hochrufe wurden aufs neue laut, als der Herr Generaldirektor selbst erschien und mit erschütterlicher Freude dem Treiben zusah.“ Im Laufe des Abends hielt Herr Chatelet eine wiederholt mit Beifall unterbrochene Ansprache, worin er sagte:

„Friede ist unsere Stärke, Einigkeit ist unsere Kraft. Arbeiter, Beamte, Techniker, sie alle stehen heute einig und unentwegt um den edlen Mann, der mit wahrhaft väterlicher Liebe und Fürsorge unser gedacht und seine getreuen Mitarbeiter niemals verlassen hat. Liebe Mitarbeiter! Es wäre nicht möglich Alterssprämien zu verteilen, es wäre nicht möglich, dem einem oder dem anderen in bedrängter Lage unter die Arme zu greifen, wenn nicht dieser seelengute Mann mit dem wahrhaft goldigen Herzen und der stets offenen Hand an der Spitze des Werkes stände. In einem wahrhaft gottbegnadeten Alter, wo andere sich längst zur Ruhe gesetzt haben, waltet er immer noch unermüdet schaffend, vom frühen Morgen bis zum späten Abend — selbst seine Gegner müssen es bewundernd anerkennen. Uns ist er mehr als der Generaldirektor des Werkes, für uns ist er der Vater der Arbeiter! Und heute an dem schönen Feste des Friedens wollen wir alle, Arbeiter, Beamte und Angestellte, uns um ihn scharen und ihm von ganzem Herzen danken für die Unsumme von Liebe und Fürsorge und ihm unerschütterliche Treue geloben. Und damit verbinden wir unsere aus tiefster Seele dringenden Wünsche, es möge der große Gott, der die Geschicke aller Menschen lenkt, ihm noch eine reiche Fülle von Jahren, von der Sonne des Glücks bestrahlt, schenken, auf daß er uns noch recht lange erhalten bleibe als Freund und Vater. Und zum erhebenden Zeichen unser aller Einverständnis wollen wir aus volstem Herzen ausrufen: „Unser hochverehrter Herr Generaldirektor Ritter v. Buz und seine trennliebende Gattin, sie leben hoch! hoch! hoch!“ Jubelnd stimmte die Festversammlung ein.“ —

## Die gelbe Gefahr — gegen die Koalitionsfreiheit.

Zieht man in Betracht, daß die gelbe Organisationsform sehr leicht auch auf andere Berufsstände übergreifen kann, dann bedarf es wohl keines Wortes mehr darüber, daß die gelben Gewerkschaften für unser gesamtes soziales und politisches Leben eine nicht zu unterschätzende Gefahr bedeuten, wenn es gelingen sollte, denselben Einfluß und Macht zu verschaffen.

Daß die gelben Gewerkschaften die Koalitionsfreiheit, eine bedeutende soziale Errungenschaft unserer Zeit, illusorisch machen, wurde vorher bereits angedeutet. Es ist an sich ja schon ein Ding der Unmöglichkeit, daß der einer gelben Gewerkschaft angehörende Arbeiter gleichzeitig einer anderen Organisation angehört. Darüber hinaus aber verlangt die gelbe Gewerkschaft, daß der Arbeiter nur ihr allein angehöre. Damit ist die gesetzlich zugestandene und anerkannte Koalitionsfreiheit, mit welcher das ganze moderne Arbeiterrecht steht und fällt, illusorisch gemacht. Mit welchem Terrorismus dabei die gelben Gewerkschaften bezw. ihre Führer vorgehen, hat sich zu wiederholten Malen gezeigt.

## Veranschärfung und Vergiftung der wirtschaftlichen Kämpfe.

Besonders verderblich erscheinen die gelben Gebilde aber auch deshalb, weil sie den wirtschaftlichen Kampf verschärfen und vergiften. Es ist doch selbstverständlich, daß einerseits das Unternehmertum die wirtschaftlichen Kämpfe mit größerer Zähigkeit ausführt, wenn es die Gewißheit hat, daß es in der gelben Organisation eine Anzahl gefügiger und dienstbeflissener Elemente besitzt, die bereit sind, ihre eigenen Brüder zu verraten. Diese Tatsache allein schon muß andererseits auch auf Seite der Arbeitnehmer die Stimmung verschärfen. Daß die Bitterkeit im Kampfe gegen Verräter ungeahnte Formen annimmt, wer kann es dem Arbeiter verargen? In der gelben Organisation muß er eine Organisation von Streikbrechern, also von solchen Beuten erblicken, die von den allereinfachsten Forderungen und Behren keine Achtung haben. Dazu kommt ein weiterer Gesichtspunkt, und den sollten vor allem die Arbeitgeber nicht aus dem Auge verlieren. Es ist ein fundamentaler Irrtum, wenn der Arbeitgeber in der gewerkschaftlichen Organisation ab initio seinen Feind erblickt. Das ist ebenso verkehrt, wie wenn der Arbeitnehmer in dem Arbeitgeber nichts anderes sehen würde als seinen Gegner. Es mag deshalb auch die Bezeichnung: „wirtschaftliche Kämpfe“ der Sachlage nicht ganz gerecht werden. Gewiß sind es Kämpfe, die geführt werden, aber Kämpfe, die für beide Streitparteien Vorteile erzielen. Wenn die Arbeiterschaft günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen sich erringt, so ist das ein Vorteil, der auf der anderen Seite gewiß einen finanziellen Ausfall nach sich zieht. Dabei darf man aber nicht verkennen, daß die Einführung des

Tarifs den Arbeitgebern ebenfalls erhöhte Vorteile verschafft, abgesehen von der durch die gewerkschaftliche Organisation erreichten bezw. mit ihr verknüpften nicht nur materiellen sondern auch sittlich-ethischen Hebung und Schulung des Arbeiterstandes. Stellt sich nun auf Seite der Arbeitgeber ein Bundesgenosse aus den Reihen der Arbeiterschaft selbst, dann muß diese zu der Ueberzeugung kommen, daß der Arbeitgeber ihr Feind ist — und diese Ansicht hinwiederum kann den Kampf nur vergiften und verschärfen.

## Verhinderung der gewerkschaftlichen Erfolge.

Aus den seitherigen Ausführungen ergibt sich des Weiteren, daß die gelbe Organisation gewerkschaftliche Erfolge nur hindern kann. Daraus folgt ferner, daß die gelbe Organisation, vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, indirekt auch ein Gegner der Arbeitgeber ist. Denn es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß da, wo die größten gewerkschaftlichen Erfolge erzielt wurden, auch die Industrie am höchsten steht. Erst in jüngster Zeit lieferte die „Soziale Praxis“ (No. 19 vom Jahre 1909) einen lehrreichen Beitrag zu diesem Kapitel. Unter der Spitzmarke „Die gelben Bäckergefelln gegen den Arbeiterschutze“ schreibt das Organ: „Gegen eine Eingabe des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen, die den Reichstag um gesetzliche Einführung der 36 stündigen Sonntagsruhe bittet, wendet sich der gelbe Bund der Bäckergefelln Deutschlands, als dessen Präsident der Cigarrenhändler Wischniewski das Wort führt, mit einem scharfen Protest. Der gelbe Bund bestreitet den Bäckergefelln das Recht, als Vertreter der Gesellschaft aufzutreten und bekämpft die Forderung des 36 stündigen Ruhetages, weil es den Bäckermeistern nicht möglich sei, die erforderlichen Aushilfskräfte zu erlangen. Andernfalls müßten soviel Bäckergefelln ausgebildet werden, daß die Gefelln untereinander in scharfen Wettbewerb treten und die Aussichten auf Selbstständigmachung sich noch mehr verschlechtern würden“. Nun ist gerade der Arbeiterschutze nicht das letzte Ziel der gewerkschaftlichen Organisationen, und gerade dasjenige Ziel, dessen Erstrebung auch für die Arbeitgeber von der größten Bedeutung ist. Bedarf es noch weiterer Beweise für die Schädlichkeit der gelben Organisationen?

## Leistungsunfähigkeit und Schwäche.

Wenn aber eine gewerkschaftliche Organisation verderblich ist und damit von selbst zur Leistungsunfähigkeit verurteilt ist, dann folgt mit Naturnotwendigkeit, daß eine solche Organisation nicht zugräftig und lebensfähig sein kann. Eine gewerkschaftliche Organisation, die keine Macht repräsentiert, kann überhaupt keine Erfolge erzielen, sie ist an sich schon vollständig wertlos. Ueber die Stärke der gelben Organisationen führt die oben erwähnte Denkschrift des Arbeitgeberverbandes aus: „Am 1. Juli 1908 gehörten dem „Gelben Arbeiterbund“ 13 Vereine mit insgesamt 13400 Arbeitern als

ordentliche Mitglieder und 5 Organisationen mit 3500 Arbeitern als Gastvereine — die noch nicht länger als 3 Monate bestehen — an. Außerdem unterhielt der Bund mit 26 Organisationen, denen 37800 Personen angehören, ein Freundschaftsverhältnis, so daß sich die Zahl der central-organisierten gelben Arbeiter bereits auf rund 54700 Personen beläuft“. Nun ist an und für sich die Kontrolle über die Mitgliederzahl der gelben Gewerkschaften eine äußerst schwierige. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß zu den Mitgliedern der „Gelben“ Leute gehören, die absolut keine Arbeiter sind. Ein großer Teil der Mitglieder sind Direktoren, Werkführer, ja sogar Leute, die mit dem gewerkschaftlichen Leben ebensowenig zu tun haben wie mit dem industriell-wirtschaftlichen Leben. Andererseits wurde, was bis jetzt noch nicht widersprochen ist, behauptet, daß zu den befreundeten Organisationen sogar Arbeitgeberorganisationen gehören.

Mit der Stärke der gelben Organisationen hat sich ebenfalls in der jüngsten Zeit Dr. Reßler im „Reich“ befaßt (in den Nummern vom 29. und 31. Januar d.S. Ss.) Es heißt da: „Ich bezifferte die „nationalen“, „reichstreu“ und „vaterländischen“ Arbeitervereine auf „etwa 10000 Anhänger“. Die „Deutsche Treue“ schätzt deren: 18 bis 20000, darunter 12000 in den Vereinen des „Bundes“. Ich bitte um Entschuldigung auch wegen dieser Ueberschätzung; sie gründet sich auf Kulemanns soeben erschienene „Berufsvereine“, in denen nach Mitteilung der Betreffenden selbst die Mitgliederzahl des „Bundes“ für April 1908 auf 12000, für den 1. Juli 1908 auf 10600 angegeben ist, was für ein Vierteljahr einen Rückgang von 1400 Köpfen, gleich 12 v. H. bedeutet. Genaue Zahlen werden von dieser Richtung in der Arbeiterschaft ja leider selten veröffentlicht. Wo sie aber bekannt werden, zeigen sie seltsame Schwankungen“. Wie richtig gerade der letztere Satz ist, beweist folgender Satz aus einer Abhandlung über die Gelben in Deutschland in No. 17 der „Sozialen Praxis“ vom Jahre 1909: „In Wirklichkeit stehen der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“, der gegen 10000 Mitglieder zählen soll, und die offenkundigen gelben Organisationen, deren Mitgliederzahl ihr Hauptadmiral, der „Askanische Direktor“ Budde von den Siemenswerken auf 70000 schätzt, praktisch auf derselben Basis“.

Jedenfalls steht das eine fest: die Mitgliederzahl der gelben Gewerkschaften ist ohne jede Bedeutung und ohne jeden Einfluß, und auch deshalb sind sie nur verderblich und ohne jede Werbekraft. Das sollten ebenfalls die Arbeitgeber nicht aus dem Auge verlieren. Dann müßten sie sehen, nicht nur einen wie schlechten, sondern auch einen wie ohnmächtigen Bundesgenossen sie mit ganz unverhältnismäßig hohen finanziellen Opfern zu schaffen suchen.

### Politische Tendenz.

Ein weiterer Gedanke spricht gegen die gelben Organisationen: ihre politische Tendenz. Eine gewerkschaftliche Organisation muß:

parteilich unabhängig sein; das erfordert nicht nur die Aktionsfreiheit, das erfordert vor allem auch der wirtschaftliche Charakter der Organisationen. Nun sind die gelben Gewerkschaften keineswegs politisch neutrale Gebilde. Die gelben Organisationen suchen diese Tatsache dadurch zu verschleiern, daß sie zwei äußerlich getrennte Organisationsgebilde schufen: den gewerkschaftlich, angeblich neutralen „Gelben Arbeitsbund“ und den „Bund vaterländischer Arbeitervereine“, der unter Führung des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie steht. Es ist bezeichnend, daß die bereits mehrfach erwähnte orientierende Darlegung betont: Die Anhänger der ersteren setzten sich zusammen aus früheren Anhängern der sozialistischen Partei, die letzteren verfolgten politische Tendenzen mit überwiegend konservativer Richtung. Tatsache ist, daß beide Organisationen engliert sind. Auf dem Kieler Kongreß wurde allerdings beschlossen, von einer Centralisation der beiden Richtungen „zurzeit“ Abstand zu nehmen; aber ein Schriftamt mit einer Auskunftsstelle wurde bereits geschaffen und die Begründung einer Centralzuschußkrankenkasse in Aussicht genommen. Weiter ist Tatsache, daß die gelben Organisationen bei Wahlen ganz hervorragend sich betätigen, und ebenso steht fest, daß die Protoktoren dieser Organisationsform die Gelben als politische Gebilde betrachten und bei der finanziellen Subvention diesen Zweck auch im Auge haben. Ist doch bezeichnend, daß die orientierende Darlegung es bedauert, daß der im Sommer 1908 zu München tagende „Gesamtliberale Kongreß“ jeden Zusammenhang zwischen dem Liberalismus und den gelben Gewerkschaften ablehnte.

Recht bezeichnend führte die „Soziale Praxis“ in ihrer No. 17 vom Jahre 1909 aus:

In Wirklichkeit stehen der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“, der gegen 10000 Mitglieder zählen soll, und die offenkundigen gelben Organisationen, deren Mitgliederzahl ihr Hauptgönner der „Askanische Direktor“ Budde von den Siemenswerken auf 70000 schätzt, praktisch auf derselben Basis. Das ist seinerzeit auf dem Gründungstage der Vaterländischen in Hamburg klar zutage getreten, und noch deutlicher gelegentlich der zweiten Hauptversammlung im Sommer 1908 in Waldenburg. Zwar fielen auch hier wieder sehr schöne Worte, und Generaldirektor Reindorff, der vom Standpunkt der Arbeitgeber seine Befriedigung über die Bestrebungen der Vaterländischen aussprach, bestritt jede Absicht der Unternehmer, in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter irgendwie einzugreifen. Das Unglück wollte es aber, daß die Niederschrift über die Sitzung des Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens vom 14. Juli 1908 den Weg in die Öffentlichkeit fand. Danach hat der Führer der „reichstreu“ Bergarbeiter“ und

Veranstalter des Verbandstags, Herr Ermert, der von den christlichen Gewerkschaften seinerzeit wegen geschäftlicher Mischenschaften ausgeschlossen worden ist, die Gesamtkosten dieses Verbandstags samt den Reisegebern für die vaterländischen Abgeordneten den Unternehmern, vor allem den Waldenburger Grubenbesitzern, aufbürden wollen, freilich wegen seiner „eigenmächtigen Handlungsweise“, d. h. wegen Unterlassung vorheriger Rücksprache mit dem Bergbauischen Vereine, nur 1500 Mk. Beitrag von letzterem zur Ausrichtung des Verbandstages erhalten, und dies unter folgenden Bedingungen: Der Bergbauverein müsse Mitteilung über Art und Umfang der geplanten Veranstaltungen erhalten und ein unter Zuziehung von Vertretern des Bergbauvereins zu bildender Ausschuss müsse über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel beschließen und Rechenschaft ablegen.

Gleichzeitig wurde aus dem Briefwechsel zweier Waldenburger Bergwerksdirektoren vom Januar 1908 bekannt, daß der reichstreue Bergarbeiterverband laut Satzung verpflichtet ist, bei sozialpolitischen Beschlüssen und Eingaben an die Parlamente und Regierungen den Vertreter der Grubenbesitzer zu den beratenden Sitzungen hinzuzuziehen, und daß dieser Vertreter dem Bergarbeiterverein die Richtschnur für die weitere Propaganda zu geben bemüht ist sowie auf die Besetzung der Vorstandsämter Einfluß anstrebt. Zur Verschleierung des eigentlichen Charakters des reichstreuen Bergarbeitervereins freilich will jener Vertreter den Verein ruhig gewähren lassen, wenn letzterer Anträge und Eingaben vorbringe, von deren Undurchführbarkeit der Bergarbeiterverein wie die Grubenbesitzer von vornherein überzeugt seien. Und wie praktisch wirksam sich die Beeinflussung der reichstreuen Bergarbeitervereine durch die Grubenbesitzer gestaltet, dafür liefert ein späteres Schreiben des schon genannten Generaldirektors Reindorff von der Pleßschen Grubenverwaltung an Herrn Ermert einen starken Beleg. Generaldirektor Reindorff macht die Unterstützung des reichstreuen Bergarbeitervereins davon abhängig, daß der Verein in seinen Satzungen den Streik, der bisher als „letztes Mittel“ zugelassen war, grundsätzlich mißbillige und auch jegliche mittelbare Beteiligung daran ausschließe. „Es ist das unbedingt nötig, wenn der Bund eine andere Würdigung seitens der Arbeitgeber erlangen will, wie sie die christlichen Gewerkschaften und schließlich auch die Hirsch-Dunckerschen Vereine zurzeit haben.“

Wenn die „Vaterländischen“, in denen der reichstreue Bergarbeiterverband eine derart führende Rolle spielt, daß er ihnen den Verbandstag ausrichten konnte, nach diesen Beweisstücken und angesichts der weiteren Tatsache, daß zwischen den gelben Vereinen Bayerns und den „Vaterländischen Arbeitervereinen“ im übrigen Reich ein Kartell besteht, sich noch länger gegen die Zurechnung zu

den „Gelben“ sträuben, so trägt das nur zu ihrer Selbstcharakterisierung bei: sie sind etwas, was sie selbst anscheinend nicht für empfehlenswert ansehen, eine Arbeitsgeberschutztruppe. Das aber ist, kurz gesagt, Wesen und Zweck einer gelben Organisation.“

Diese Beweisreihe läßt sich noch vervollständigen. Die angeführten Tatsachen erhärten indes genügend die aufgestellte Behauptung. Erwähnt sei nur noch, daß der Führer der Gelben, Rudolf Sebius in einem Brief an Direktor Prof. Dr. Budde schreibt: „Ich würde vorschlagen, ungefähr nationalliberale Politik zu machen, diese aber national-demokratisch zu nennen. Den Anschluß an die national-liberale oder freikonservative Partei würde ich praktisch nicht für richtig betrachten. Der größere Teil der ehemaligen Sozialdemokraten versagte uns dann sicherlich aus Vorurteil die Gefolgschaft. Nennen wir uns anders, so sieht es aus, als ob wir ganz neue Bahnen wandeln und die ehemaligen Sozialdemokraten werden es leichter über sich gewinnen, mitzumachen. Es kommt ja nicht darauf an, wie wir etikettiert sind, sondern was wir in Wirklichkeit sind. Herr Direktor Peterls hat schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, daß wir um die politische Betätigung nicht herumkommen. Falls die maßgebenden Arbeitgeberkreise damit einverstanden wären, könnten wir vielleicht im Herbst still und unauffällig mit dem Aufbau der politischen Organisation beginnen. In drei Monaten wären wir dann wohl so weit, um auch an die Öffentlichkeit treten zu können“.

### Rudolf Sebius.

Bedarf es noch mehr der Beweise? Und der Vater dieser gelben Bewegung ist ein Herr Rudolf Sebius, der als ehemaliger Sozialdemokrat alle möglichen und unmöglichen Wandlungen durchgemacht hat. Durch die Veröffentlichung der Broschüre „Der gelbe Sumpf“ ist der Mann geradezu vernichtet worden. Auf dieses persönliche Moment besonderes Gewicht zu legen, kann füglich unterbleiben. Aber die erwähnte Broschüre hat ganz Recht, wenn sie schreibt: „Wie der Impresario der Bewegung, so muß auch diese selbst sein. Versumpft in dem Bestreben, nur dem Unternehmertum zu dienen, die eigenen Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen zu treten“.

Nur einige Daten zur Erläuterung!

Sebius trat seinerzeit mit großem Aplomb aus der Kirche aus. Dann spielte er als „Politiker“ eine Rolle. Am längsten gehörte er der sozialistischen Partei an, die ihn aber hinaus warf. Den Politiker Sebius beurteilte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ (1. Beilage Nr. 85 vom 11. April 1908) unter der Spitzmarke „Eine gelbe Stütze“, wie folgt: „Der sehr entwicklungsfähige, von den National-liberalen über Freisinn, Sozialdemokratie, Nationalsozialismus hinweg jetzt glücklich bei den „reichstreuen Arbeitern“ gelandete Renegat Sebius scheint einen verzweifelten Kampf zu kämpfen um seinen gelben

Redakteurschemel, den er als Leiter der gelben Zeitschrift „Bund“ besetzt hält. Wollen sogar die Gelben sich von einem Manne mit Sebiusscher Vergangenheit nicht geistig füttern lassen? Von den Gelben wäre das natürlich unbescheiden! Jedoch: Sebius macht verzweifelte Anstrengungen, sich von einigen Gerichten als Ehrenmann bestätigen zu lassen. Auch unser verantwortlicher Redakteur hatte sich gestern vor dem hiesigen Schöffengericht einzufinden, weil die „Arbeiterzeitung“ in einer Notiz die Ehrenmannsqualifikation des bekannten Herrn Sebius angezweifelt haben soll. Die Verhandlung wurde aber bis auf weiteres ausgesetzt, da von unserer Seite Beweisanträge gestellt wurden, die das Vorleben der jetzigen gelben Stütze beleuchten sollen. Herr Sebius darf sich also auf ein Spießrutenlaufen rüsten, das ihm vielleicht peinlich, den gelben Arbeitern aber eine lehrreiche Beleuchtung ihres politischen spiritus rector bringen wird“.

In den Prozessen des Herrn Rudolf Sebius gegen den „Vorwärts“ und die „Sächsische Arbeiterzeitung“ war auch der bekannte Schriftsteller Karl May als Zeuge angegeben. Diesen Zeugen fürchtete Sebius besonders. Er wußte, daß die Aussage dieses Herrn für ihn eine völlige Entlarvung bedeuten würde. Mit welchen Mitteln Sebius arbeitet, um unbequeme Gegner zu vernichten, mag daraus hervorgehen, daß er von Herrn May behauptete, derselbe sei „nach Amerika ausgerückt“, während der Herr — der allerdings seines Berufes wegen viel reist — in Wirklichkeit in Radebeul bei Dresden wohnt. Um Herrn May nun moralisch zu vernichten und als Zeugen unmöglich zu machen, gab Sebius eine Broschüre heraus: „Karl May, ein Verderber der deutschen Jugend“. Diese Broschüre sollte einige Tage vor dem betreffenden Termine fertig sein und den Richtern übergeben werden.

Herr May stellte Strafantrag sowohl gegen Sebius als auch gegen Herrn Friedrich Bechly, den Vertreter der Verlagsfirma Hermann Walter in Berlin, bei der die Broschüre erschien. Am 19. Januar hat nun Herr Bechly ein Protokoll unterzeichnet, das folgende für Herrn Sebius geradezu vernichtende Stellen enthält:

Herr Friedrich Bechly, der Geschäftsführer der Verlagsbuchhandlung Hermann Walter, G. m. b. H. zu Berlin, welche die Broschüre „Karl May, ein Verderber der deutschen Jugend, von F. W. Kahl, Basel“ verlegt hat, erklärt folgendes:

I.

Rudolf Sebius hat mich zur Eingehung des Verlagsgeschäftes durch Vorführung falscher Tatsachen, sowie durch Verheimlichung seiner eigentlichen, mir jetzt verwerflich erscheinenden Absichten und durch die Vorspiegelung bestimmt, daß ein gewisser Kahl der Verfasser sei. Ich habe mich im Laufe des Prozesses und der Vergleichsverhandlungen, insbesondere an der Hand eines eigenhändigen

Briefes des Herrn Kahl vom 10. Sept. 1908 davon überzeugt, daß Sebius mit wissentlich gefälschten Tatsachen operiert hat, indem er nach der schriftlichen Angabe des Herrn Kahl dessen Namen in bezug auf die Broschüre gemißbraucht hat. Dieser Brief befindet sich in den Akten des Rechtsanwalts Bahn.

II.

Herr Bechly bedauert noch, auf das Sebiussche Anstinnen eingegangen zu sein, weist eine weitere Beziehung zu diesem Herrn energisch zurück und versichert Herrn May seiner vollsten Hochachtung.

III.

Die oben unter I gedachte Broschüre verpflichtet sich Herr Bechly, soweit sie in seinem Besitze ist, Herrn May binnen einer Woche zur Vernichtung zuzusenden, und gestattet Herrn May, von seiner Erklärung öffentlich Gebrauch zu machen.“

Und im Schlußwort der oben erwähnten Broschüre heißt es über Sebius:

„Keine Grenzen kennt seine „Uneigennützigkeit“. Abonniert mein Blatt, den „Bund“, ist seine stetige Mahnung. Gründet gelbe Vereine, um das Abonnement und dadurch den Bestand meines Blattes zu sichern, ist seine immer und immer wiederholte Aufforderung. Geschäftig sieht man ihn neue Verbindungen suchen. Heute spricht er bei einzelnen Fabrikanten vor, um sie zur Modernisierung ihrer Werkvereine zu gewinnen, morgen ersucht er Leiter der Unternehmerorganisationen um Audienzen, dann taucht er beim Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, im Flottenverein und der Kolonialgesellschaft auf, und schließlich empfiehlt er sogar die Gründung einer nationaldemokratischen Partei mit nationalliberalem Programm“, und das alles, um die Arbeiter zu täuschen und sein eigenes Schäfchen zu scheren. Auch in Gebiete, die ihm bisher verschlossen waren, sucht er zu dringen. Süddeutschland mit den Herrn von Beldeggischen Gelben, besonders Württemberg muß auch Gelbe Sebiusscher Maßrang erhalten. Einen Prozeß gegen die in Stuttgart domizilierende Metallarbeiterzeitung nimmt Herr Sebius zum Anlaß, um mit den württembergischen Metallindustriellen in Verkehr zu treten. Überall, allüberall liegt er den Unternehmern in den Ohren, überall, allüberall schmiert er sich an, sendet Bittschriften, beicht und denunziert, kurzum, scheut sich nicht, seine ganze Vergangenheit zu verleugnen, um an die Unternehmer und ihre Hintermänner und an Behörden heranzukommen.“

Und die „Roten“?

Doch genug davon! Bleibt der Kampf gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, den die gelben Organi-

fationen besonders zu führen vorgeben. Wie erfolglos dieser aber ist, zeigt allein die Tatsache, daß gerade in den Verbreitungsgebieten der Gelben die Sozialdemokratie besonders stark ist und stark blieb.

Um die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften erfolgreich zu bekämpfen, bedarf es einer anderen Macht, einer Macht auf sicherer Grundlage mit festen Prinzipien. Das Gegenteil trifft zu: Die gelbe Macht ist nur geeignet, die Sozialdemokratie und damit die freien Gewerkschaften zu stärken.

### Urteile über die Gelben.

Nach all dem fällt es nicht schwer, ein sicheres und ebenso vernichtendes Urteil zu fällen. Doch sei nicht geschlossen, ohne einige andere Urteile hier wiederzugeben. In ihrer Nr. 28 vom 28. Jan. 1909 schrieb die Krankfurter Zeitung: „Die Arbeitgeber täuschen sich. Es mag ja sein, daß so ein Verein gelegentlich einmal der gewerkschaftlichen Bewegung Abbruch tun könnte, aber der Vorteil, der den Arbeitgebern daraus erwächse, würde mehr als aufgewogen durch die Erbitterung, die die freien Arbeiter über solche Versuche, ihnen Streikbrecher auf den Hals zu setzen, begreiflicherweise empfinden, und die die sozialen Kämpfe vergiften muß“. Und im Reich (vom 31. Januar 1909) schloß Dr. Fekler: „Es ist wirklich schade, daß die guten Worte „national“, „reichstreu“ und „vaterländisch“ mit solchen Geschäften verquickt sind. Es ist schade, daß wohlmeinende und patriotische Männer durch Unterstützung der „Reichstreuen“ die gewerkschaftlichen Arbeiten und Bestrebungen aller Richtungen stören, ohne doch der Sozialdemokratie damit irgendwie den erhofften und erstrebten Abbruch zu tun. Und es ist schade, daß die Zeit einer schweren Wirtschaftskrise dazu benutzt wird, allerlei lebensunfähigen Organisationen der Arbeiterzersplitterung durch Nachhilfe von außen künstlich ihr Leben zu verlängern. Blüte und Frucht werden diese Treibhauspflanzen doch nicht bringen. Das Urteil der Sozialen Praxis: „In Wahrheit ist die gelbe Organisation heute, soweit nicht parteipolitische Motive sie beherrschen, eine Kombination von Arbeitgeberinteressen mit der Geschäftsmache von Beuten, die bei dieser neuesten Modespekulation auf die kurzfristige Unsolidarität der Arbeiter für ihre ehrenwerte Berion möglichst viel heraus schlagen wollen“, ist bereits vorher angeführt. Es ist bezeichnend, daß sogar ein Blatt wie die Berliner Morgenpost (Nr. 8 vom 10. Januar 1909) die gelben Gewerkschaften ablehnte und deren Tätigkeit als pure „Gaukelei“ bezeichnete. In einer längeren Abhandlung schrieb die Sächsische Volkszeitung (vom 18. Januar 1909): „Einsichtige, gerecht denkende Arbeitgeber braucht man nicht darauf hinzuweisen, daß ein solch verwerfliches Vorgehen keineswegs geeignet ist, ein wahrhaft und durchaus gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen, daß vielmehr das

Treiben der gelben Vereine bezw. ihrer Hintermänner, die dem sozialen Frieden wirklich dienenden Bestrebungen aufs schwerste beeinträchtigen muß. Denn bei diesen ist die erste Vorbedingung: volle und rückhaltlose gegenseitige Anerkennung der freien Koalition in selbständigen, unabhängigen Organisationen“. Erwähnt mag werden, daß die Freisinnige Zeitung in ihrer Nr. 257 vom 31. Oktober 1908 das später folgende vernichtende Urteil eines Unternehmers, des liberalen Abgeordneten Kommerzienrat Manz rückhaltlos wiedergibt. Das abfällige Urteil des vielgenannten Politikers Pfarrer Roxell über die gelben Gewerkschaften ist bekannt. Es lautet:

„Nach den Erfahrungen aus meinem Wahlkreise fällt die Gründung einer gelben Gewerkschaft stets zusammen mit der Herabdrängung aller organisierten Arbeiter aus den Betrieben. Ich kann den Angriffen auf die Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer nicht zustimmen. Als Pfarrer und Politiker stehe ich nicht an, zu erklären, daß ich den Gewerkschaftsführern aller Richtungen meine höchste Anerkennung zolle. Sie sind in der Hauptzahl weit davon entfernt, bloß um des Geldes wegen für die Arbeiter zu wirken. Die Protoktoren der gelben Gewerkschaften sind die Hintermänner des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der den politischen Kampf so vergiftend, elend und persönlich führt wie niemand in ganz Deutschland, und die Kriegervereine mit ihrem militärisch-reglementierten Geist und ihrer Gesinnungskriecherei. Deshalb bin ich der Ueberzeugung, daß man nicht zugleich liberal und Mitglied einer gelben Gewerkschaft sein kann. Die gelben Gewerkschaften sind eigentlich nur eine Zusammenfassung der unorganisierten Arbeiter.“

Nicht minder abfällig haben aber auch Arbeitgeber über die gelben Gebilde geurteilt. Besonders eingehend beschäftigte sich der liberale Reichstagsabgeordnete Kommerzienrat Manz mit dieser Frage. Seine beachtenswerten Ausführungen im Arbeiter-Jahrbuch der „Hilfe“ 1908 lauten:

„Zu unterscheiden haben wir lediglich und mit aller Schärfe, ob der Verein — offen oder versteckt — auf das Streikrecht verzichtet und damit die Koalitionsfreiheit seiner Mitglieder zunichte macht, und ob er sich nicht die Aufgabe stellt, die bestehenden Arbeiterorganisationen zu schwächen, indem er ihnen Mitglieder abspenstig macht und ihnen bei Gelegenheit in den Rücken fällt. Solche Vernein verdienen als gelbe bezeichnet zu werden und haben das Stigma als Verräter der Arbeiterrechte zu tragen. . . .

Beachtenswert ist es, daß mancher gutgesinnte Arbeitgeber in Bitterkeit über erlittene Unbill oder weil er die Tragweite seines Handelns nicht zu überblicken vermochte, es zuließ oder veranlaßte, daß Eiferer oder oftmals „befehrte Sozialisten“ dem bis dahin einwandfreien Werkverein den giftigen gelben Einschlag gegeben haben. Noch ist es Zeit, eine reinliche Scheidung vorzunehmen und sich von

dem Verdachte zu reinigen, als ob man bei der gewiß berechtigten Bekämpfung der zersetzenden sozialdemokratischen Propaganda so weit über das Ziel schießt, daß man das wichtigste Recht des Arbeiters, das Recht des Zusammenschlusses zur Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen verkümmern oder gar untergraben wolle.

Daß diese schlimmen Folgen bei den gelben Organisationen notwendigerweise eintreten müssen, auch wenn dieser Endzweck aus den Satzungen häufig nicht ersichtlich ist, darüber besteht nicht der leiseste Zweifel mehr. Sind doch eine große Anzahl derselben von den Fabrikherren selbst oder in ihrem Auftrag und mit ihrem Gelde gegründet worden, und vielfach geben die Satzungen darüber klaren Aufschluß. Die Arbeiter sollen von den wirklichen Gewerksvereinen ferngehalten und wenn sie solchen angehören, zum Austritt veranlaßt werden. Nicht selten werden Reverse verlangt, in denen der Arbeiter anerkennt, „daß er irgendwelchen Gewerkschaften oder sonstigen Berufsvereinen weder zur Zeit angehört noch in Zukunft angehören wird“ oder „daß er keiner Organisation angehören darf, die in Fällen von Streiks oder Aussperrungen Unterstützungen an ihre Mitglieder zahlt, und daß er keine dieser Organisationen in irgendeiner Form unterstützen darf“. Also eine förmliche Knebelung findet statt, damit im Falle des Ausbruchs eines Streiks die Arbeiter von der Teilnahme ausgeschlossen oder vielleicht sogar bereit sind, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen.

So waltet hier nicht die freie Selbstbestimmung der Arbeiter, sondern der Druck der Arbeitgeber. Um eines geringen Vorteils, einer Geldprämie willen oder wegen der Aussicht auf eine Unterstützung in der Zukunft, die ihm wie ein Köder hingehalten wird, verkauft der Arbeiter sein ihm vom Gesetz gewährleitetes Koalitionsrecht, während er vor Augen sieht, wie seine Arbeitgeber von dem gleichen Recht für sich den ausgiebigsten Gebrauch machen und sich in einen mächtigen Unternehmerverband zusammenschließen. Die Solidarität der Arbeiterinteressen wird ihm ein fremder Begriff und der soziale Gedanke geht ihm dabei völlig verloren.

Wie in gewissen Kreisen der Unternehmer das Interesse für die Gelben wachgerufen und gepflegt wurde, das verrät die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung in nicht mißzuverstehender Weise, indem sie schreibt: „Die Arbeitgeber werden gut tun, dieser Bewegung eine wohlwollende Aufmerksamkeit zu schenken. Sie dürfen aber den Fortgang der Bewegung durch Maßnahmen von ihrer Seite nicht forcieren, denn die Bewegung würde verkümmern, wenn sie allein aus solcher künstlichen Förderung durch die Arbeitgeber hervorzunehmen soll“. Das läßt deutlich erkennen, wohin der Weg führt, damit dem Arbeiter die Koalitionsfreiheit verloren geht, ohne daß es ihm recht zum Bewußtsein kommen soll. Sie und da ein Zuckerbrot, eine Spende in die Kasse des Vereins und hinterdrein die Beißsche in der Form

eines Abhängigkeitsverhältnisses, das den Arbeiter zu einem Lohnflaven erniedrigt.

Glauben diese Arbeitgeber wirklich allen Ernstes, daß sie sich in dieser Weise auf die Dauer ihre Arbeiter gefügig machen können oder daß sie mit dieser Methode die sozialistische Bewegung mit Erfolge bekämpfen? Bei dem ersten kräftigen Anstoß gehen diese „willenslosen Lämmer“ in hellen Haufen ins feindliche Lager über und werden sich ungebärdiger zeigen, wie die anderen. Darum ist es zugleich unklug, und es wird sich eines Tages bitter rächen, wenn der Arbeitgeber sich unbefugterweise in die Organisationen der Arbeiter mengt und ihr eine seinen Sonderinteressen entsprechende Richtung zu geben sucht.

Dem Arbeiter muß das Recht zugesprochen werden, sich durch Zusammenschluß eine unabhängige Organisation zu schaffen und sich damit gegen eine ungebührliche Ausbeutung der Arbeitskraft zu schützen. In gleicher Weise nehmen die Arbeitgeber für sich das Recht in Anspruch, Berufsverbände zu bilden, um gegebenenfalls den unberechtigten oder übermäßigen Forderungen der Arbeiter gegenüber einen Widerstand zu leisten. . . .

Herr Kommerzienrat Manz kommt in seinem Aufsatz zu dem Schluß: „Dem selbstbewußten Arbeiter für die freie Betätigung seiner beruflichen Organisation die Bahn geöffnet! Fort mit der gelben Schmarokerpflanze!“

Eine im Verlag von Gustav Fischer in Jena erschienene, sehr interessante sozialpolitische Studie beschäftigt sich speziell mit der gelben Bewegung in Frankreich, welche ja in Deutschland vorbildlich geworden ist; diese Studie gelangt zu folgendem Ergebnis:

„Ziehen wir das Fazit aus unseren Ausführungen, so ergibt sich, daß die gelben Gewerkschaften in Frankreich, denen sich bei ihrem kräftigen Einsetzen im Jahre 1899 das Auge manches Sozialpolitikers und Volksfreundes mit froher Hoffnung zuwandte, das nicht gehalten haben, was man von ihnen erwarten durfte. Sie haben es nicht verstanden, den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise gerecht zu werden, namentlich ist es nicht gelungen, die Interessen der Lohnarbeit der Uebermacht des Kapitals gegenüber hinreichend zu vertreten, und den Beziehungen zwischen beiden die Stetigkeit zu verleihen, die im Interesse der Gesamtheit zu wünschen wäre. So richtig der Grundsatz ist, zwischen Kapital und Arbeit ein gutes Einvernehmen herzustellen, so darf er doch nicht dazu ausarten, dem Kapital die Arbeit mit gebundenen Händen auszuliefern. Solche Entwicklung liegt ebenso wenig im Interesse der Allgemeinheit, wie der von mancher Seite proklamierte Kampf bis zum Weißbluten.“

Fast ironisch klingt es am Schlusse: „Möchten unsere deutschen gelben Gewerkschaften, die sich erst im Anfangstadium ihrer Entwicklung befinden, aus den Fehlern ihrer französischen Schwesterorganisationen die richtigen Konsequenzen ziehen.“

## Die christlichen Gewerkschaften und die Gelben.

Den Schluß mögen die Ausführungen bilden, welche 'Der Arbeiter', das Verbandsorgan der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, in seiner Nr. 47 vom Jahre 1906 machte; diese sind zu gleicher Zeit auch charakteristisch für die Stellungnahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Es heißt da:

„Die Stellung der katholischen Arbeitervereine zu den „Gelben“ ist eigentlich schon dadurch gegeben, daß sich die ersteren, wenigstens unsere süd- und westdeutschen Verbände, positiv auf den Boden der christlichen Gewerkschaften gestellt haben. Doch damit ist die Frage nicht erschöpfend gelöst. Wir halten eine selbständige, standesbewußte Arbeiterbewegung für unbedingt notwendig, fordern daher die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den anderen Ständen auf allen Gebieten. Aus dem Grunde fordern wir mit Nachdruck die Sicherung und den Ausbau der Koalitionsfreiheit. Die „Gelben“ aber begeben sich des hiesigen Koalitionsrechtes, das der Arbeiter heute hat. Sie geben es preis für angebotene Wohlfahrts-Einrichtungen und Geschenke und werden damit zu willenlosen Werkzeugen in den Händen des Großkapitals. Von Selbst- und Standesbewußtsein keine Spur mehr.

Das ist der erste prinzipielle Widerspruch zwischen uns und den „Gelben.“ Die weiteren ergeben sich daraus. Wir stehen mit den christlichen Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß bei berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes oder zur Verhütung von Verschlechterungen als äußerstes Mittel, wenn alle anderen verlag haben, die Arbeitsverweigerung, der Streik, ein erlaubtes Mittel ist.

Die „Gelben“ aber verdanken ihre ganze Existenz nur der offen ausgesprochenen Absicht, bei einem solchen Fall den Unternehmern Streikbrecherdienste zu leisten oder mit anderen Worten: den um ihr Recht kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Hier werden sie also zum Verräter ihres eigenen Standes. Das ist die zweite Scheidewand, die zwischen uns und den „Gelben“ aufgerichtet ist.

Wir sind keine rein wirtschaftlichen Vereine, und brauchen deshalb nicht direkt in die wirtschaftlichen Kämpfe einzugreifen. Dieses Gebiet überlassen wir den dazu berufenen christlichen Gewerkschaften. Wir stehen daher auch in keinem direkten Gegensatz zu den Arbeitgebern. Aber da wir Arbeitervereine sind, müssen auch die Arbeiterinteressen bei uns in den Vordergrund stehen und alle solche Personen oder Vereinigungen, die Gegner und Schädlinge der Arbeiterinteressen sind, müssen logisch auch unsere Gegner sein. In dem gewiß nicht kleinen Kreis dieser Gegner stehen auch die gelben Gewerkschaften.

Die unausbleiblichen Folgen der gelben Gewerkschaften müssen uns in dieser Gegnerschaft noch bestärken: Würden sie Boden fassen und bestehen können, so würde dadurch zunächst jede Selbständigkeit,

der letzte Funken von Standesbewußtsein in der Arbeiterbevölkerung erstickt werden. Damit würde aber gerade jener Bewegung, die auf den Umsturz unserer Staats- und Gesellschaftsordnung hinarbeitet, der Sozialdemokratie, die man in einer geradezu unglaublichen Kurzsichtigkeit mit den „Gelben“ zurückhalten will, der Boden zu einer reichen Ernte geebnet werden.

Dazu kommt noch ein sehr wichtiges Moment. Weil eben die gelben Gewerkschaften den Nährboden zur Unzufriedenheit und Erbitterung abgeben und als sichere Vorfrucht der Sozialdemokratie zu bezeichnen sind, deshalb werden auch unsere christlichen Grundzüge aus schwerer dadurch gefährdet. Die vornehmste Aufgabe der katholischen Arbeitervereine ist jedoch die Pflege unserer religiösen Ideale, die Hochhaltung der christlichen Weltanschauung, die auch im Wirtschaftsleben wieder zu Geltung kommen muß. Wer uns in diesem Bestreben nicht unterstützt, wer dieses unser Ziel, ob nun absichtlich oder fahrlässig, gefährdet, der ist unser Gegner und der muß es sich gefallen lassen, wenn wir ihn demgemäß behandeln.

Fassen wir alles zusammen, so kommen wir zu dem Urteil, daß die Stellung der katholischen Arbeitervereine zu den gelben Gewerkschaften nur eine scharf ablehnende sein kann.“

## Und der Schluß?

Das ist das Urteil, zu dem jeder kommen muß, der die vorstehenden Ausführungen auch nur oberflächlich durchgegangen hat. Die gelbe Gewerkschaft ist ein Un Ding, ein Widerspruch in sich selbst, das Schmeichler und Charakterschwächlinge erzieht, die für das Leben völlig unbrauchbar sind. Die gelbe Gewerkschaftsbewegung ist ein Mißgebilde, erhalten vom Solbe der Unternehmer, das das ganze soziale Leben vergiftet und die sozialen Kämpfe verschärft. Die gelben Gewerkschaften sind überdies gegründet zu politischen Zwecken, wenn sie auch in erster Linie als Streikbrecherorganisationen gedacht sind. Die gelben Gewerkschaften sind nach all dem wertlos, deshalb auch ohne Einfluß und ohne jede Bedeutung für die Zukunft. „Sie werden“, so schreibt treffend Dr. Repler im 'Reich' (Nr. 15 vom 19. Januar 1909), „keine dauernden Erfolge erringen; denn sie haben keine Ideale. Was wollen sie an Stelle des gewerkschaftlichen „Einer für alle und alle für einen“ setzen?“

Daß für einen modernen, denkenden Arbeiter in einer solchen, die sozialen Grundzüge verleugnenden Organisation kein Platz ist und sein kann, folgt ebenso aus den vorstehenden Darlegungen, die noch ein weiteres gezeigt haben, nämlich, daß ein vernünftiger Arbeitgeber sein Geld viel besser anlegen kann als zur Unterstützung lebensunfähiger, verderblicher Gebilde und zur Erhaltung des Herrn Rudolf Sebuis und seiner Zeitung „Der Bund“.

Gegen diese gelbe Brunnenvergiftung erscheint ein doppeltes

Mittel angezeigt: einmal die Aufklärung! Aufklärung in allen Reihen, unter den Arbeitnehmern ebenso wie unter den Arbeitgebern. Gerade unter den letzteren herrscht oft eine erschreckliche und beklagenswerte Unkenntnis der elementarsten Grundbegriffe aus dem gewerkschaftlichen Leben. Gerade in den Reihen der Arbeitgeber spricht man so viel von Fortschritt und Aufklärung. Auch die Aufklärung dieser Art gehört in erster Linie dazu. Warum zögert man aber gerade auf diesem Gebiete so sehr? Keine Vogel-Strauß-Politik — die verdirbt, macht blind, vernichtet. Und die gelbe Mache ist Vogel-Strauß-Politik. Sie will hinwegtäuschen über die Wirklichkeit. Mit einer Hand voll charakterloser Streikbrecher glaubt man einem aufgeklärten, sozial geschulten Heere Stand halten zu können. Das ist ebenso unmöglich wie es unsinnig ist. Also Aufklärung!

Mit ihr geht Hand in Hand Stärkung einer wirklich freien, unabhängigen gewerkschaftlichen Organisation, wie sie die christlichen Gewerkschaften darstellen. Hier ist die beste Stütze gegen den Umsturz; hier ist zugleich auf sicherem Grunde die Heimstätte ruhiger, zielbewußter und deshalb auch erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit. Nur ein freies Volk kann ein großes Volk sein, und nur die gewerkschaftliche Organisation kann in der Zukunft Großes leisten, die wirklich frei und unabhängig ist, die dabei aber auch ruht auf einer sicheren Grundlage. Weg deshalb mit den gelben Organisationen, die jeder freie deutsche Mann verachten muß! Weg mit allen Schädlingen in unserem mit Macht sich fortentwickelnden gewerkschaftlichen Leben! Weg mit kriechenden Streikbrechern und fanatischen Umstürzern!

Doran im Kampfe gegen diese Feinde für die gesamte Arbeiterschaft in den christlichen Gewerkschaften!

